

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 33.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Hg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtsparcasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettizelle oder deren
Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. :: Reklame-
zeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Ankaufsteilung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konfurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagengewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Waldbad.

Nummer 58

Samstag 179

Waldbad, Freitag, den 10. März 1922

Samstag 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Amerika hat nach einer Havana-Meldung die Betei-
ligung an der Konferenz von Genoa abgelehnt.

Die italienische Kammer und der Senat sind zum
15. März einberufen worden.

Eine japanische Schiffahrtsgesellschaft beabsichtigt
zwischen Polen und Japan eine regelmäßige Schiff-
fahrtsverbindung herzustellen. Als Endziel der neuen
Dampferlinie ist der Danziger Hafen in Aussicht ge-
nommen.

Der Chef der rumänischen Reparations-Delegation
ist nach einer Neuntermeldung in einer Sondermission
in London eingetroffen.

Sanchez Guerra hat das neue spanische Kabinett
gebildet.

Zur Einkommensteuerveranlagung.

Von Handwerkskammerpräsident Endres-Karlsruhe.

I. Die Finanzämter (Veranlagungsstellen) des Lan-
des haben in der letzten Zeit den Gewerbetreibenden
die Einkommensteuerbescheide übermittelt. Nach § 46 der
Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz
machen zunächst die Finanzämter alle einschlägigen Er-
hebungen, welche zur Feststellung des Einkommens dienen,
selbstständig. Sind diese Erhebungen des Finanzamtes
zum Abschluß gekommen, dann wird die Einkommensteuer
unter Mitwirkung der Steuerauschnisse festgesetzt. In die-
sem Zweck tritt der Ausschuss vor dem 31. März jeden
Jahres zusammen, dem dann der Vorsitzende (Finanz-
beamter) pflichtgemäß die gesamten Unterlagen, die für
die Veranlagung des einzelnen Steuerpflichtigen in Be-
tracht kommen, zu unterbreiten hat. Der Ausschuss prüft
die Unterlagen und setzt das steuerbare Einkommen fest.
Dies ist ein wichtiges und verantwortungsvolles Recht
des Steuerausschusses, das ihm, und zwar nur ihm,
nicht dem Finanzamt, das Gesetz einräumt.

Die zahlreich beim Steuerausschuss des badischen Hand-
werks aus Kreisen des gewerblichen Mittelstandes ein-
laufenden Beschwerden lassen darauf schließen, daß gewisse
Steuerauschnisse einzelner Finanzämter ihr Amt ganz
eigenartig auffassen. Einmal wird der Veranlagung ein
das angegebene Einkommen für 1920 um 25—100 %
übersteigendes Einkommen zugrunde gelegt, und dann
wird zu dieser wesentlichen Veränderung zwischen Steuer-
erklärung und Veranlagung der Gewerbetreibende gar
nicht gehört.

Nach den Ausführungsbestimmungen haben die Steuer-
ausschnisse die vorgeschriebene eingereichte Steuererklä-
rung des Steuerpflichtigen bei der Veranlagung mit
heranzuziehen. Zunächst hat also der Steuerausschuss von
der Steuererklärung des Steuerpflichtigen bei der Fest-
setzung des Einkommens auszugehen. Dies gilt selbst
dann, wenn der Steuerpflichtige für das Einkommen,
das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, an
Stelle der ziffermäßigen Angaben des Einkommens
Schätzungsangaben gemacht hat. Wenn die Angaben
glaubhaft erscheinen, wird sich der Steuerausschuss an diese
Angaben halten müssen. Bei nicht buchführenden Ge-
werbetreibenden gestattet sich die Rechtslage so, daß vom
Finanzamt an Hand der vorzuliegenden Unterlagen die
einzelnen Posten festzustellen sind, und zwar die Betriebs-
einnahmen und die Betriebsausgaben, so daß also der
Ueberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsaus-
gaben unter Berücksichtigung der Betriebswerte am Be-
ginn und am Schluß des Geschäftsjahres festzustellen
ist. Bei Gewerbetreibenden dagegen, welche geordnete
Bücher führen, ist der Geschäftsgewinn unter Beachtung
der Vorschriften des § 15 N.E.G. nach den Grundätzen
zu berechnen, die für die Inventur und Bilanz durch das
H.G.B. vorgeschrieben sind.

Eine Abweichung von den Angaben in der Steuer-
erklärung darf nur dann stattfinden, wenn dem Gewerbe-
treibenden die Punkte, in denen eine wesentliche Ab-
weichung zu seinen Ungunsten in Frage kommt, zur
vorherigen Aeußerung mitgeteilt worden sind. Dies ist
zwingendes Recht. Die Steuerausschussmitglieder haben
also zunächst nachzuprüfen, ob diese Bestimmung vom
Finanzamt eingehalten worden ist, bzw. ob der Steuer-
pflichtige über den strittigen Punkt vernommen wurde.
Nur wenn der Steuerpflichtige einer Aufforderung des

Finanzamtes zur Aeußerung über die gegen seine Steuer-
erklärung oder sonstigen Angaben erhobenen Bedenken
nicht nachgekommen ist, oder wenn der Steuerpflichtige
diese Bedenken nicht beseitigen konnte, ist insoweit seine
Veranlagung im Werte der Schätzung vorzunehmen. Der
Steuerausschuss als solcher hat also zu entscheiden, ob
die Aeußerung des Steuerpflichtigen geeignet ist, die
Bedenken gegen seine Steuererklärung zu beseitigen oder
nicht. Und endlich kann nur über die strittigen Punkte
(Haushaltsbuch, Instandhaltung und Instandsetzungs-
kosten, steuerfreie Erneuerungsanlagen, Verwertung des
Betriebsvermögens u. a.) die Veranlagung im Schät-
zungsweise vorgenommen werden. In übrigen hat die
Steuererklärung dann als Grundlage für die Veranlagung
zu gelten.

II. Die Erregung unter den selbständigen Gewerbe-
treibenden über die Höhe und über die Art der Veran-
lagung seitens einzelner Steuerauschnisse ist begreiflich.
Freilich wurden von den maßgebenden Stellen Hand-
werker und Gewerbetreibende immer und immer wieder
angehalten, durch eine geordnete Buchführung sich selbst
und dem Steuerausschuss die schwierige Aufgabe der Fest-
setzung der Einkommensteuer zu erleichtern. Die Finanz-
ämter werden sich aber dennoch davon überzeugen lassen
müssen, daß die amtlichen Veranlagungen in vielen Fällen
gegen die kommenden Einsprüche nicht anrecht gehalten
werden können. In allen Fällen, wo gegen § 26 Ab-
satz 4 der N.E.G. und gegen § 46 Absatz 3 der Aus-
führungsbestimmungen zum N.E.G. gehandelt ist, wo-
nach dem Steuerpflichtigen die strittigen Punkte, in denen
eine wesentliche Abweichung zu seinen Ungunsten in
Frage kommt, zur vorherigen Aeußerung mitgeteilt sind,
muß der Bescheid direkt als wirkungslos erklärt werden.

Den Steuerauschnissen sollte auch bekannt sein, daß
der gewerbliche Mittelstand infolge der stetigen Lohn- und
Preissteigerungen an Betriebsvermögen verloren hat, weil
er durch zu billige Abgabe der eingekauften Rohstoffe in
Form von Fertigwaren nur Geld einnahm, dessen in-
zwischen verminderte Kaufkraft teilweise nicht mehr aus-
reichte für die Hälfte der verarbeiteten Rohstoffe. Wir
betrachten die Steuer als eine Leistung zur Förderung
der Gemeinschaft. Stiftet sie für diese einen weit größ-
eren Schaden als Nutzen, so ist sie falsch. Das kann kein
vernünftiges Gesetz wollen. Die Steuerauschnisse müssen
daher bei ihren Maßnahmen in erster Linie die wirt-
schaftlichen Interessen berücksichtigen, wenn sie Ansehen
und Einfluß bei der Bevölkerung gewinnen wollen.

Poincare, der Nimmermüde.

Wenn englische Bismarck einmal zu Wort kommen will,
so sieht Frankreich sofort mit einem Beto auf dem Plan.
Der Poincare, der unermüdet ist im Erfinden immer
neuer Schikanen für Deutschland, glaubt, seiner Stellung
und seinem Range etwas zu vergeben, wenn er Eng-
lands Rat befolgt. Er ist ja so durchdrungen von seiner
Mission des Dasses und pocht so sehr auf die franzö-
sische Gloire, daß es schlechterdings unmöglich erscheint,
mit Vernunftgründen bei ihm etwas auszurichten.

Es ist nicht unsere Aufgabe, mit Herrn Poincare zu
reden, jeder gute Deutsche verzichtet auch von vornherein
auf den politischen Schmuzian, der der Leiter der fran-
zösischen Schmachpolitik denn doch zur Genüge ist. Seine
Domäne ist der Deutschenhaß, den versucht er mit Glück
schon der französischen Jugend einzupflanzen. Es nimmt
nur Wunder, daß in dem Stundenplan der französischen
Schulen nicht schon ein Unterrichtsfach mit dem Titel
„Haß gegen Deutschland“ eingeführt wurde oder daß in
den französischen Kinos und Theatern nicht jede Ge-
legenheit benützt wird, das Land jenseits des Rhins zu
schmähen.

Der Liberale Lord Newton hat im englischen Oberhause
scharf gegen die Kommissionen gesprochen, die in Deutsch-
land ein Götterleben führen auf Kosten eines am Boden
liegenden Volkes. Er hält es für richtiger, wenn die da-
für gebrauchten Riesensummen als Reparationszahlungen
Verwendung finden würden. Er nennt den Anblick der
Kommissionen eines der widerlichsten Bilder und weist
darauf hin, daß die Versuche, von Deutschland große Ent-
schädigungen zu verlangen, sich schlecht vereinbaren lassen
mit den verhängnisvollen Aufwendungen für die Kom-
missionen und die Befehlsgruppen. Die englische Re-
gierung läßt manchmal durchblicken, daß sie zu Verden-
gungen bereit sei, aber Politikos tut sie nicht, ein Man-
gel, den wir Deutschen nicht tief genug beklagen können.

Natürlich sträuben sich die französischen Offiziere und
„Poilus“ gegen ihre Abkommandierung. Sie leben ja
herrlich und in Freuden mit ihren Dämchen, Maitresses
und noch ärgeren Franzosinnen aus dem Partier Sän-
denpfehl. Sie wollen natürlich weiter so dahinleben in
Saus und Braus ohne jede geringste Spur von Be-
stätigung, wenn man nicht die Deutschenshikanen als Tätig-
keit ansprechen will.

Lord Newtons Rede kommt zur rechten Zeit. Es
wären in den letzten Tagen Stimmen laut, die von einer
dauernden Einrichtung der Kontrollkommissionen berich-
teten, ein Vorschlag Poincares, das ist zweifellos. Erst die
neue Verfügung des Generals Kollert und die Aufsicht-
kontrolle haben die Frage wieder ins Rollen gebracht.
Poincare ruht nicht, restlos ist sein — Geist damit be-
schäftigt, neue Schikanen zu erfinden, deren Ausführung
er mit aller Kraft zu bewerkstelligen sucht. Wer ist nun
würdiger, Poincare oder Lloyd George? Ich glaube, es
wäre letzten Endes möglich, mit George in Ruhe und Be-
sonnenheit zu konversieren, Poincare aber wird jeder gute
Deutsche den Rücken zugehren. Und in der Geschichte
wird seine Schändlichkeit am Pranger stehen, wenn auch
französische Historiker seine Ehrenrettung versuchen wer-
den. Das wird ihnen nicht gelingen.

Gegen das Reichspostministerium.

Die Zustände, wie sie sich alljährlich in unserer Post-
verwaltung herausgebildet haben, schreiben nach Abhilfe.
Die Proteste gegen die Reichspostverwaltung nehmen der-
artige Formen an, daß sich bei der kommenden Beratung
des Etats des Reichspostministeriums im Reichstage die
Mitglieder der verschiedenen Parteien sehr eingehend mit
dem Verfall der Reichspostverwaltung beschäftigen wer-
den. Die ungeheure Steigerung der Postkosten, die
unser Wirtschaftsleben schwer belastet und unter der nicht
nur die Privatpersonen, sondern auch die meisten Ge-
schäftsunternehmen leiden, ließ die Hoffnung aufkom-
men, daß es nunmehr möglich sein werde, den Haushalts-
plan der Postverwaltung endlich zu balancieren, die wei-
tere Steigerung der Kosten zu verhindern und uns all-
mählich wieder normalen Verhältnissen zuzuführen, soweit
man jetzt von „normalen Zuständen“ sprechen kann. Diese
Erwartungen dürften grimmig enttäuscht werden. Im
Reich des Herrn Giesberts wird nach wie vor abgebaut,
aber nicht aufgebaut. Ganz besonders in der Reichshaupt-
stadt ist man außer sich über die Säumnisse der Beför-
derung sämtlicher Sendungen, die der Post anvertraut
werden. Man leert die Postkästen nicht mehr pünktlich.
Stadtbriefe brauchen oft 24—36 Stunden, ehe sie in die
Hände der Empfänger gelangen. Und wie man sich er-
zählt, sollen in manchen Ämtern noch so zahlreiche
Beamte beschäftigt sein, daß sie nicht wissen, was sie
mit ihrer Zeit anfangen sollen.

Der oben veröffentlichte Haushaltsplan beziffert das
Personal der Reichspost mit mehr als 380 000 Köpfen.
Seitens des Reichstags ist seinerzeit die Forderung gestellt
worden, das Personal müsse unbedingt verringert wer-
den, um endlich Ausgaben und Einnahmen gegeneinander
abzuwiegen, ohne fortgesetzt die Schraube der Porto-
erhöhung anzuziehen. Auch diese Dinge werden im
Reichstage zur Sprache gebracht werden. Wir werden
somit erneut vor die Tatsache gestellt, daß der Reichs-
postetat abermals ein erbliches Manko aufweist, für
das einstweilen keine Deckung vorhanden ist, es sei denn,
daß man die Öffentlichkeit mit neuen schweren Abgaben
zugunsten des Reichspostetats belastet.

Die Beratungen über den Reichshaushaltsplan der Post
werden somit auch zu einem Kampfe um die Person des
Reichspostministers Giesberts führen, zu dem das Ver-
trauen in letzter Zeit überaus stark gesunken ist. Der
gesamte Betrieb der Reichspost erscheint derzeit reform-
bedürftig, daß nur eine neue Kraft, die mit harter Hand
durchgreift, in der Lage ist, den jetzigen verhängnisvollen Zu-
ständen ein Ende zu machen.

Ein Notruf unserer Kriegsbeschädigten.

Von Otto Thiel, M. d. R.

Kriegsopfer in Not! So stellt heute der Hilferuf unserer
Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen durch das
ganze Reich. Sie, die im Krieg alles aufs Spiel gesetzt,
die im Dienste der Allgemeinheit Gesundheit oder Leben
verloren, sie und ihre Anaherigen befinden sich heute in

bitterster Not. Die breite Öffentlichkeit aber weiß nur wenig von den Jammerzuständen, die in den Kreisen der Kriegssopfer herrschen. „Die Kriegssopfer beziehen ja ihre Rente — sie haben außerdem zum größten Teil dasselbe Arbeitseinkommen wie die gesunden Arbeiter — wie kann da noch eine Not vorhanden sein?“ Diesen und ähnlichen Gedankengängen begegnet man bei der großen Masse des deutschen Volkes, wenn man gelegentlich einmal auf die Notlage der Kriegssopfer zu sprechen kommt. Und wie „großmütig“ wird meistens diesem noch hinzugefügt: „Ja, wenn ein Kriegsbeschädigter durch seine Beschädigung gänzlich erwerbsunfähig geworden ist, dann allerdings gehört ihm auch eine ansehnliche Rente.“ — Wie aber spricht die Wirklichkeit? Von tausenden von Beispielen, die sonder Mühe aufgeführt werden könnten, nur ein einziges:

Ein schlaffer und strebsamer Familienvater hat im Kriege eine schwere Lähmung beider Beine und des Unterkörpers davongetragen. Er ist infolge dieser Beschädigung vollständig erwerbsunfähig. Die vierköpfige Familie ist darum nur auf die Rente angewiesen und diese beträgt heute einschließlich aller Teuerungszulagen und dergl. also alles in allem monatlich 686.90 Mark! Es bedarf keiner weiteren Worte zum Beweise dafür, daß diese Familie in ganz kurzer Zeit wirtschaftlich zugrunde gerichtet sein muß. Trotz eifrigster Bemühungen sämtlicher hierfür in Frage kommender Stellen ist es bis heute auch noch nicht möglich geworden, dem Manne oder seiner Ehefrau eine Heimarbeit zu vermitteln. Infolge des hiesigen Grabselns und der einströmenden Sorgen und Gedanken ist der Vater dem Irren nahe. Was aber dann? —

Ist das das deutsche Volkes Wille, daß seine Helden und ihre Angehörigen so in bitterster Not und größtem Elende dahinschwanden?

In ihrer bitteren Not wenden sich die Kriegssopfer an alle, die noch ein mitleidendes Herz mit ihnen haben. Urteilt nicht nach dem Schein! Die Kriegssopfer haben nämlich keineswegs alle ein lohnendes Einkommen und am allerwenigsten diejenigen, die am härtesten im Kriege betroffen wurden. In erschütternden Zuschriften an den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin NW 1, kommt daher ihre Not zum Ausdruck. Die Kriegssopfer sinken hinab! Dieses Hinabsinken könnte aufgehalten werden, wenn die Regierung, die die Sachlage kennen mußte, der Reichstag, dem die großen Organisationen der Kriegsbeschädigten ihre mächtigen und erfüllbaren Wünsche übermitteln und die nicht Kriegsbeschädigten Mitbürger ihre Pflicht den Kriegssopfern gegenüber täten. Doch Zeit darf nicht mehr verloren werden! Auf die im deutschen Volke lebendigen starken sittlichen Kräfte setzen die Kriegssopfer in diesem Augenblick all ihre Hoffnung.

Neues vom Tage.

Die 6. Zahlung von 31 Millionen Goldmark geleistet.
Berlin, 9. März. Die Reparationskommission empfing ein Schreiben der Reichsregierung, worin diese mitteilt, daß die 6. Zahlung von 31 Millionen Goldmark am 8. März bei den von der Reparationskommission bezeichneter Banken deponiert worden sei.

Das Steuerkompromiß vor dem Abschluß.
Berlin, 9. März. Die Beratungen der Steueransätze sind abgeschlossen und die interfraktionellen Besprechungen mit der Reichsregierung über ihr Ergebnis nehmen ihren Anfang. Die Behandlung des Steuerkompromißes im Plenum des Reichstags dürfte am Montag beginnen. Unter den Kompromißparteien ist man bestrebt, sich auf eine gemeinsame Erklärung im Plenum zu einigen, um eine unfruchtbare Generaldebatte zu vermeiden, die durch die Haltung der verschiedenen Parteien in der Steuerfrage sonst eintreten würde.

Das Steuerkompromiß noch nicht angenommen.
Berlin, 8. März. Die Erwartungen, daß das Steuerkompromiß heute bereits endgültig abgeschlossen werden könne, hat sich nicht erfüllt. Die Arbeiten des 11.

Steuerausschusses, der die Verbrauchssteuern berät, sind allerdings heute beendet worden. Auch der 35. Ausschuss, der die direkten Steuern behandelt, hat sein Pensum aufgearbeitet. Die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler, die ursprünglich auf heute nachmittag angesetzt worden war, ist für morgen in Aussicht genommen. Die gemeinsame Sitzung der Steueransätze in Anwesenheit des Kanzlers und der Regierungsvertreter ist für Samstag geplant. Bis dahin werden die Berichte über die Verhandlungen fertiggestellt werden. Das Plenum des Reichstags wird, wenn es morgen wieder zusammentritt, zunächst einmal die Branntweinmonopolfrage vornehmen. Das Steuerkompromiß als solches wird wahrscheinlich nicht von der Regierung dem Haus vorgelegt werden, sondern von einer der Parteien als Initiativantrag und wird sich auf das Mantelgesetz und die Zwangsanleihe erstrecken.

Neuregelung der Beamtengehälter.
Berlin, 9. März. Im Ausschuss des Reichstags erklärte gestern ein Regierungsvertreter: Die Teuerung verlangt, daß etwas wesentliches getan wird. Man denkt daran, bei der Befolgung der Gruppe 3 einen bestimmten Betrag zum Grundgehalt zuzulegen, der sich bei den anderen Gruppen verringern müsse. Bei welcher Gruppe der Zuschlag verschwinden könne, steht noch nicht fest. Der Wunsch, die Steigerung von Gruppe 3 zu Gruppe 1 in gleichem Prozentsatz vorzunehmen, ist unerfüllbar.

Das Zusammentreffen des Reichspräsidenten Ebert mit Verchenfeld in Leipzig.

München, 9. März. Zu der gleichzeitigen Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, mehrerer Reichsminister und des bayerischen Ministerpräsidenten Verchenfeld in Leipzig bemerkten die „Münchener N. N.“, man dürfe annehmen, daß hierbei die schwebenden Fragen, die das Verhältnis Bayerns zum Reich betreffen, besprochen worden seien.

Eine Rede des Reichspräsidenten auf das Reichsgericht.

Leipzig, 9. März. Am zweiten Tag seiner Anwesenheit in Leipzig anlässlich der diesjährigen Frühjahrssession des Reichsgerichts, wo er vom Reichsgerichtspräsidenten Desbrück empfangen wurde. Nach Vorstellung der Senatspräsidenten wohnten der Reichspräsident Ebert und die übrigen anwesenden Reichsminister und Minister der Einzelstaaten je einer Sitzung des Zivilsenats und des Strafsenats bei. Im Anschluß daran gab Reichsgerichtspräsident Desbrück ein Frühstück, bei dem er an den Reichspräsidenten Ebert eine Begrüßungsansprache richtete. Präsident Ebert erwiderte etwa folgendes: Sichtbar und vernehmlich vollzieht sich der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Ich habe es beim Besuch der Leipziger Messe mit stolzer Bemunterung erlebt. Still und unmerklich geschieht der nicht minder wichtige Wiederaufbau des deutschen Rechts. Sie, meine Herren, haben bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die Führung. Das Reichsgericht hat in bedeutenden Entscheidungen bewiesen, daß es seiner Aufgabe bewußt und ihrer Erfüllung mächtig ist. Dem höchsten Gerichtshof des deutschen Reichs ist die Pflicht zugefallen, den Krieg und die Erschütterungen, die ihm folgten, juristisch zu liquidieren. Die schwersten Aufgaben, die wohl je einem Richter oblagen, sind auf Ihre Schultern gelegt. Aber zu den abschreckenden amtlichen Kritiken des Auslands steht in anerkanntem Gegensatz die Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsminister der Justiz hat bei Beratung des Justizetats im Reichstag auf das Zeugnis dieser Anerkennung hingewiesen. Er hat gesagt: Respekt vor dem Reichsgericht! Ich schließe mich mit der Reichsregierung diesem Ausdruck an. Ich überbringe dem Reichsgericht die Grüße der Reichsleitung, unseren Dank und unsere Anerkennung für die mühevollen und treuen Arbeit. Ich bin überzeugt, daß der oberste Gerichtshof des Reichs der Aufgabe gewachsen ist, auch nach Neuordnung unserer staatlichen Grundlage, nach der weitreichenden Umgestaltung des Rechts und des Verfahrens das Vertrauen des deutschen Volks sich zu bewahren und sich damit den größten Lohn zu sichern, der einem Richter zu Teil werden kann.

Standtagessenen im preussischen Landtag.

Berlin, 9. März. Es scheint, als ob der Monat März ganz besonders unheilvoll auf die kommunistischen Gemüter einwirkt und die Vernunft dieser Herren verwirrt. Bei der am Dienstag abgehaltenen Sitzung im preussischen Abgeordnetenhaus stand der kommunistische Antrag, der sich gegen die Auslieferung der Dato-Mörder an Spanien richtete, auf der Tagesordnung. Unglücklicherweise hatte der Landtagspräsident Veinert am Tag vorher Einladungen zu einem parlamentarischen Abend ergehen lassen, und da er sich in der irrigen Ansicht befand, daß man zu einer solchen Veranstaltung auch Kommunisten bitten könne, in der Vorauslegung, daß sie sich in seinen Privaträumen anständiger benehmen würden, als im Abgeordnetenhaus, so kam es zu einer Szene, wie sie in dieser Form ein Parlament noch nicht gesehen hat. Der kommunistische Abg. Schulz aus Neudöhlen machte dem Präsidenten den bitteren Vorwurf, wie er es habe über sich bringen können, in einer Zeit, wo die Debatte über die Auslieferung der Mörder Datos „jedem kommunistische Herz tief erschüttere“, auch die Kommunisten zu seinem Abend einzuladen. Herr Veinert wies ihn kühl darauf hin, daß sein parlamentarischer Abend und die Herren Mörder, die den Minister Dato umbrachten, nichts miteinander zu tun hätten. Das erregte den tiefen Groll von Schulz-Neudöhlen. Er schrie in den Saal, daß er nunmehr die noch ausstehende Antwort auf die Einladung dadurch zu erteilen bereit sei, indem er sie dem Präsidenten ins Gesicht warf. Gleich darauf sah man eine zusammengeballte Einladung durch die Luft sausen und auf den Tisch niederfallen. Herr Veinert winkte, ein Diener entfernte das Korpus deselben und ein Sturm der Empörung brauste durch das Haus. Herr Schulz-Neudöhlen wird auch durch den Protest der anderen Abgeordneten kaum zu belehren sein.

Sozialdemokratischer Parteitag am 2. September.

Berlin, 9. März. Der sozialdemokratische Parteitag beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Parteitag für 2. September nach Augsburg einzuberufen.

Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Böln, 9. März. Im großen Saal der „Bürgerschaft“ wurde gestern die Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eröffnet. Für die Reichsregierung war der Reichspostminister Wieserberg anwesend. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Hayfeld, begrüßte die Vertreter aus dem ganzen Reich. In seiner Begrüßungsansprache brachte der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Sorge, die einmütige und geschlossene Auffassung der deutschen Industrie zum Ausdruck, daß unsere Wirtschaft rechts und links des Rheins, im besetzten und unbesetzten Gebiet des Reichs, auf ewig ungeteilt bleibe und bezeichnete es als Aufgabe der Tagung, vor einem größeren Kreise die Grundzüge und Gedanken zu erteilen, die für die innere Arbeit der Verbände von Bedeutung sind. Dr. Sorge betonte das besonders gute Einverständnis, das trotz manchen sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbänden und dem Reichsarbeitsministerium bestehe und hat den Beauftragten des Reichsarbeitsministers, Ministerialdirektor Dr. Sigler, dem erkrankten Reichsarbeitsminister die besten Wünsche für seine Genesung zu überbringen. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsch, daß die Tagung dazu beitragen möge, die aufbauenden Kräfte Deutschlands zusammenzufassen zum Gesamtwohl unseres Volkes.

Poincare für Erweiterung der interalliierten Kontroll-Kommissionen.

Paris, 9. März. Dem „Echo de Paris“ zufolge sprach Poincare in seiner Unterredung mit Marshall Foch und General Wehland für die Erweiterung der interalliierten Kontrollkommissionen in Deutschland aus. Auf der Wirtschaftskonferenz wird der französische Botschafter namens seiner Regierung diese Forderung nachdrücklich zur Geltung bringen.

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 9. März. Am späten Abend des 8. Messetags hat die Gesamtzahl der rein geschäftlichen Besucher 135 000 überschritten. Das Geschäft war auch am vierten Messetag noch recht lebhaft.

Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.
13. (Nachdruck verboten.)
Berärgert begab sich Jungfer Eulalia in die kleine, zu ihrem Appartement gehörenden Küche, um ihr Mittagessen zu bereiten.
Vertieft in das Kochen schreute sie plötzlich auf; unten im Hausflur wurde laut gesprochen.
Sie schob flugs ihre Haube zurück und horchte. Diese Stimme kannte sie doch.
Die alte Jungfer mit dem bissigen Gesicht ging nun auf den Korridor und beugte sich über das Treppengeländer, um zu erfahren, ob sie recht hatte. Wahrhaftig, da stand die Wilma, der Durchgänger, „der Duffel“, wie ihr Knecht von der gräflichen Linie immer sagte. Der hatte sie in gesellschaftlicher Beziehung vollständig aufgegeben.
Man konnte wirklich nicht genug seine Mißbilligung über das kleine eigenartige Käsen anhängen, das nicht, wie es doch in guten alten Zeiten allgemein üblich gewesen, in einer Familie untergetrocknet war, sondern sich selbst hügel gemacht hatte. Selbst dem Rat Tante Eulalias, sich in ein anderes respektables Haus zu begeben, hatte sie verschmäht, so daß sie für die hochadeligen Kreise, aus denen sie stammte, nun ausgestrichen war.
Es pochte der Stützdame eigentlich recht gut, daß ihr Wilma heute in den Weg kam. Es war so schwer ihr Stief, einen Sündenbock zu finden, an dem man ohne selbst Krüger zu haben, seine schlechte Laune auslassen konnte.
Die andern alten Jungfern beklagten sich dann immer beim Bespöcher und der wurde einfach groß.
Sie beugte sich über die Treppe: „Wilma, bist Du es? Na denn komm man ein bißchen auf, wenn Du einmal da bist.“

Der Empfang war zwar nicht sehr vielversprechend, wenn Wilma an die Wünsche dachte, die sie im Stillen hegte, um ihre trostlose Lage zu verbessern. Aber sie ließ sich nichts merken. Sie kannte auch die Schreulichen und Eigenheiten der Großtante lange genug; die war immer eine seltsame Person gewesen und als Kinder hatten sie und die Ketterer stets eine förmliche Angst vor ihr gehabt.
Die Großtante ließ Wilma nach einer ziemlich unfreundlichen Begrüßung in ihr Stübchen eintreten, wo der Papagei sie eben unhöflich ankrächzte wie seine Herrin. „Lump in Amer.“ rief er dem Gast in unendlicher Wiederholung entgegen. Empfindlich drangen die schrillen Töne in Wilmas gemarterte Nerven, aber man durfte über den verdorbenen Viehling nichts sagen, wenn man es nicht ganz mit der Großtante verberiben wollte, denn sie machte mehr Weisens von ihm, als eine Mutter von ihrem Kind.
Jungfer Eulalia starrte mit niederschmetterndem Blick auf den modernen Hut, der, wenn auch nicht teuer, doch ganz anders aussah, als der Geismod der Kleinstädter es liebte und nachahmte. Die Großtante war wenig erbaut von diesem modernen Kunstwerk.
Und nun gar erst das Kleid! Sie betrachtete den weiten modernen Faltenrock mit geradem vernichtenden Blicken. Es war ein kostbares Kostüm, das Wilma trug. Sie hatte es im Warenhaus als Angelegteste bedeutend billiger gekauft, ihr großes Gesicht und ihr ausserlesener Geismod haben es aber durch Abnahme häßlicher Garnituren mit burch Kuscheu guter selbster Knöpfe zu einem vornehm wirkenden Ganzen umgearbeitet.
Die weltverloren alte Stützdame verstand das natürlich nicht; die neckte nur nach dem Gesamteindruck, der so ganz anders wirkte als die bunten und unmodernen Kleider der Kleinstädterinnen, die sonst ihre alten Angehörigen hier aufsuchten.
Wilma war es bei dieser eingehenden Musterrung eigenlich nicht sehr behaglich zumute, denn die Brillengläser

gaben der Tante etwas Entzücktes. Autonomenhaft bewegte die Stützdame dabei den höflichen Kopf hin und her.
„Hoff du Deine Meinung geändert und willst jetzt zu mir kommen?“ fragte sie dann.
Wilma schüttelte den Kopf.
„Na aber setze Dich ein Weisens und machs Dir's bequem. Mit mir eisen kannst Du ja schließlich, ich will nur einmal nach der Küche gehen.“ Die Tante erhob sich und ließ ihre Nichte allein.
Wilma legte ihre Jacke ab und hing sie an dem niedrigen, an der Tür angebrachten Haken auf, dann nahm sie den kleinen Strohhut ab und ordnete vor dem Spiegel zwischen den Fenstern ihre Frisur, die sich in Berlin auch zu ihrem Vorteil verändert hatte. Wilmas ganze Erscheinung machte überhaupt den Eindruck einer Großstadtdame aus guten Kreisen.
Sie überblickte das kleine altmodische Zimmerchen, in dem sie so manches Bekannte von den Wänden herab grüßte. Aber wenn der Raum an sich sie auch freundlich anmutete, so hätte sie doch niemals hier bleiben mögen.
„Nur keinen Preis!“ Hatte sie halblaut vor sich hingeflügelt. Rein, zuerst noch hinaus ins irdische brauende Leben, den Kampf mit dem Dasein aufnehmen, und dann Sieg und Erfolg, sich das Leben in seiner ganzen Lust und Herrlichkeit zu eigen machen, das war nach ihrem Geismod.
Einen herrlichen, schönen Frühlingsraum träumen — ein Maienglück. —
Hier hätte sie sich vielleicht mit gebrochenem Herzen niederlassen können, wenn sie etwa da draußen eine tiefe Enttäuschung erlebt hätte und nur Heilung für ihre Wunden suchte, für die Wunden des Herzens —

[Fortsetzung folgt.]

sich sei. Er rügt die Auswüchse neuer Kunst und wandte sich gegen die Gemüchtheit.

Inzwischen ist ein Antrag der Volkspartei betr. Bekämpfung schwerer Krankheiten besonders bei Geschlechtskranken eingegangen.

Hg. Ritter (Kommunist) übte Kritik an der Geschäftsführung des Ministeriums, als er rief, Minister Kemmle habe das Blut vieler Arbeiter auf dem Gewissen und die Arbeiterschaft müsse 2 1/2 Millionen für das Dumpinggebet in den Bädern ausbringen, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Ein anderer Abgeordneter betont, daß das Hauptverbrechen an den Deutschen vor allem den Kommunisten zuzuschreiben sei und wendet sich dann gegen die Unterbrechung der Gemeindevahlen.

Minister Kemmle legt dann dar, wie notwendig bei der steten Putschgefahr die Verstärkung der Polizei war. Ein Staat ohne Polizei sei ohne Bestand.

Weiterberatung morgen mittag.

Bermischtes.

Anfall eines deutschen Postflugzeuges. Am Dienstag nachmittag ist ein Postflugzeug der deutschen Luft-Reederei in Berlin mit 3 Insassen abgestürzt. Die Insassen kamen mit Verletzungen davon.

Tätigkeit des Besuw. Der Besuw von Neapel ist wieder in Tätigkeit getreten. Man erwartet in den nächsten Tagen harte Lava-Ausbrüche.

Ein Flieger im Kampf mit Adlern. Die ganze skandinavische Presse berichtet zur Zeit über ein Erlebnis des norwegischen Marinefliegers Omdal in den Küsten. Leutnant Omdal unternahm kürzlich einen Flug über die Berge von Svalbard, die noch von keinem Flieger passiert worden sind. Er landete bei Vull, einige Meilen nördlich von Christiansand und die Rückkehr ging nach Wunsch vorstatten, bis er auf halbem Wege unerklärliche Stöße am Seiten- und Höhensteuer spürte. Er schaute zurück und sah zwei Adler, die sich bemühten, das Flugzeug zu zerstören. An mehreren Stellen hatten sie mit den Klängen bereits die Leinwand zerrissen. Omdal nahm eine schnelle Gleitbewegung auf ein paar hundert Meter, sodas er einen kleinen Vorsprung gewann und steigerte dann die Geschwindigkeit auf die höchste Zahl von Motorumdrehungen. Ein dritter Adler hatte sich inzwischen den Verfolgern angeschlossen und mit heftigen Flügelschlägen kämpfte sich die Raubvögel vorwärts. Einer von ihnen schwebte bald über dem Flieger selbst und schickte sich zum Angriff an. Dieser wurde durch eine blitzschnelle Umdrehung vermieden, und der Wettlauf begann von neuem. Schließlich erwies das Flugzeug jedoch seine Ueberlegenheit, die Adler blieben zurück und verschwanden.

Wieder ein deutscher Dampfer gesunken! Der Dampfer „Kronland“, der gestern von Newyork in Plymouth eintraf, berichtete, daß er im Ozean das Notsignal eines deutschen Dampfers erhalten habe. Verschiedene Schiffe waren innerhalb zwei Stunden zur Stelle, konnten aber kein Zeichen von dem deutschen Dampfer mehr vorfinden. Auch andere Schiffe im Atlantischen Ozean berichteten, daß der deutsche Dampfer, der während des Sturmes der letzten Nacht Notsignale abgefordert habe, gesunken sei, ehe ihm Hilfe gefandt werden konnte. Das Schicksal der Besatzung sei nicht bekannt. Der Dampfer habe mitgeteilt, daß alle Rettungsboote zertrümmert seien.

Ein weiteres Valutakrisisum. Ein Winkelsbankier hatte laut „Bayer. Vaterland“ mit seinem sehr kleinen Vermögen und dem viel größeren ihm anvertrauten Vermögen seiner Kunden sich in sehr gewagte Spekulationen beim Steigen des Dollars eingelassen. Zu seinem Unglück bewegte sich — es war im Herbst 1920 — der Dollar anstatt nach aufwärts nach abwärts. Das schöne Gebäude trachte zusammen; die vorhandenen Bestände wurden beschlagnahmt und der Bankier konnte in einer langen Untersuchungshaft darüber nachdenken, wie er besser hätte spekulieren sollen. Da aber das Gericht sehr gründlich, aber auch langsam arbeitete, so dauerte es nicht lange, und die im Gerichtsdepot wohlverwahrten Devisen begannen erst langsam, dann immer schneller zu steigen. Das Defizit verminderte sich, verwandelte sich in einen Ueber-

schuß, und nachdem auf Antrag der Gläubiger die Vermögensbestände liquidiert wurden und die Schulden ausgeglichen waren, konnte der Bankrotteur von gestern erhobenen Hauptes als Besitzer von mehreren Millionen das Gefängnis verlassen, da das Gericht so glücklich für ihn spekuliert hatte.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Februar. Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Bezüge) wird für den Monat Februar 1922 auf rund 7,75 Mill. Tonnen in 24 Arbeitstagen veranschlagt. Im Januar 1922 stellte sich die Kohlenförderung in 25 1/2 Arbeitstagen auf 8,12 Mill. Tonnen und im Februar 1921 auf 8,17 Mill. Tonnen in 24 Arbeitstagen. Arbeitstäglich gerechnet wird sich für Februar 1922 voraussichtlich eine Förderung von etwa 322 000 Tonnen ergeben, gegenüber einer arbeitstäglichen Förderung von 322 000 Tonnen im Januar 1922 und von 340 000 Tonnen im Februar 1921. (Zu bemerken ist, daß im Februar 1921 noch das Uebersehichtabkommen in Geltung war.)

Eine schwerverwundete Frau lebendig begraben. Der Pöpper Berbelo wurde auf seinem Landhause bei Falterswalde, Kreis Königsberg in der Neumark, von zwei Einbrechern überfallen und getötet. Die Schwere Berbelos wurde schwer verletzt. Die Einbrecher bezwangen beide, auch die noch lebende Dame, in einem Franghaufen und raubten dann sämtliches Bargeld. Berbelos Schwester konnte sich später aus dem Dungehaufen wieder herausarbeiten und begab sich kriechend — aufrecht gehen konnte sie nicht mehr infolge ihrer schweren Verletzungen — zum Ortsvorsteher von Falterswalde. Die Täter, russisch-polnische Schnitter, entliefen.

Millionenschmuggel. Durch Zufall ist ein großer Millionenschmuggel aufgedeckt worden, der durch Vermittlung von Offizieren seit langem betrieben wurde, die der ungarischen Heimkehrerliste in Passau zugeteilt sind. In Lins wurde ein ungarischer Infanterist verhaftet, bei dem man 2 1/2 Millionen Kronen vorfand. Der Valutasmuggel umfasste den Betrag von 50 Millionen.



General Hans von Kapp

Lokales.

Wildbad, den 10. März 1922.

Ein versinkendes Geschlecht. Für niemanden ist das Wort „neue Teuerung“, schlimmer als für die große Masse der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, weil sie sich immer näher drängt an die verhängnisvolle Scheide zwischen Sein und Nichtsein gedrängt sehen, von der niemand sie zurückreißt. Die Menschen wissen es nicht — wollen es vielleicht auch nicht wissen. Aber sie sollen es, sie müssen, weil nicht ein ganzes Geschlecht versinken darf, das für uns alle Leid und Schmerzen trägt, das ein lebendiges Denkmal von Größe und Niedergang unseres Volkes ist und uns täglich mahnen sollte, wiederaufzubauen, was zerfallen, zu erneuern, was morsch und zu heilen, was zerschlagen ist. Die Kriegsoffer stehen keineswegs alle im Genuße von Gehalt oder Lohn; und wenn schon, so ist es nur ein schwacher Bruchteil dessen, was sie zum Leben und zur Kindererziehung brauchen; denn ihre Leistungsfähigkeit, die auf den Schutz und Beistand des Gatten, des Vaters, des Ernährers zugeschnitten war, nicht gänzlich auf Broterwerb umzustellen vermögen. Die letzte

Rentenaufbesserung, die nur einem ganz geringen Bruchteil der Kriegsoffer zugute kommt und gänzlich unzureichend ist, hat der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener sowie alle anderen Verbände in dieser Form abgelehnt. Ein gänzlich hilfloser, erwerbsunfähiger, pflegebedürftiger Kriegsbeschädigter bekommt in der allertuersten Großstadt monatlich ein wenig mehr als 850 Mk., eine erwerb-unfähige Witwe etwas über 380 Mk., eine Vollwaise ungefähr 200 Mk., eine greise Mutter, die ihre Söhne verloren hat, ganze 200 Mark. Es ist leicht zu begreifen, daß ein so unzulängliches Einkommen durch verhältnismäßige Teuerungszulagen niemals den wahren wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt werden kann.

Zum Streit in der Metallindustrie. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am Dienstag nachmittag fand im Arbeitsministerium unter Vorsitz von Ministerialrat Schmuder eine Besprechung unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände statt, um einen Versuch zu machen, die in der württ. Metallindustrie entstandenen Schwierigkeiten auszugleichen. Das Ergebnis der Besprechung ist ein Vergleichsvorschlag, den der Vorsitzende beiden Parteien machte, mit der Bitte, in weitere Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht auf dem Boden eines Vergleichsvorschlags eine Verständigung möglich wäre. Von Arbeitnehmersseite wurde eine Antwort bis Donnerstag, den 9. ds. Mts. abends in Aussicht gestellt; die Arbeitgebersseite bezieht sich weitere Erklärungen vor.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 9. März 251,50 Mark.

Wagengestellung. Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nach wie vor sehr lebhaft. Der Bestand von Lebensmitteln aller Art, von Vieh, von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen stellt an den Park der gedeckten Wagen hohe Anforderungen. Ein starker Mangel an gedeckten Wagen ist eingetreten; bis zur Behebung desselben wird noch einige Zeit vergehen. Da die Gestellung von offenen Wagen aller Gattungen zurzeit gut ist, liegt die Verwendung solcher Wagen anstelle gedeckter Wagen für geeignete Güter im dringendsten Interesse der Versender.

Die Schifffahrt auf dem Neckar. In der unter dem Vorsitz von Komm. Rat Hugo Stieler gehaltenen Generalversammlung des Handelsvereins Heilbronn wurde u. a. auch der Bericht des Schifffahrtskommissärs erstattet, dem zu entnehmen ist: Die Schifffahrt auf dem Neckar konnte im letzten Jahr nur an 67 Tagen, die auf die Monate Januar, Februar, Mai und Juni fielen, betrieben werden und mußte nahezu 300 Tage stillstehen. Der Verlust der Neckarschiffer war, soweit sie sich nicht auf den Rhein retten konnten, an Verdienstaussfall und Schäden außerordentlich groß; manche Holzschiffe sind überhaupt nicht mehr verwendbar. Der Verkehr auf dem Neckar war entsprechend dem schlechten Wasserstand sehr gering und betrug zu Tal 22 621 Tonnen (1920: 114 564), darunter 22 558 Tonnen Salz; zu Berg 8033 Tonnen (56 729 Tonnen), darunter 4797 Tonnen Kohlen für Heilbronn. Es fuhren 83 Röhre ab Heilbronn mit 32 554 Tonnen, 43 Schleppzüge von Mannheim nach Heilbronn und 4 nach den Zwischenstationen. Die schlechten Schifffahrtsverhältnisse auf dem Neckar erwiesen sich, wie Komm. Rat Stieler hervorhob, namentlich für die Kohlenversorgung der Heilbronner Industrie als äußerst mißlich.

Stuttgart, 9. März. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 73 Ochsen, 28 Bullen, 140 Jungbullen, 129 Jungriinder, 227 Röhre, 423 Kälber, 1115 Schweine, 11 Schafe, 1 Pige, die sämtlich verkauft wurden. Erlöst wurden aus 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1600—1750, zweite 1200—1450, Bullen erste 1450—1550, zweite 1180—1380, Jungriinder erste 1600—1780, zweite 1350—1550, dritte 1150—1300, Röhre erste 1180—1300, zweite 950 bis 1100, dritte 650—800, Kälber erste 1750—1850, zweite 1580—1680, dritte 1400—1550, Schweine erste 2000 bis 2150, zweite 1850—1950, dritte 1570—1680 Mk.

Wildbad, den 9. März 1922.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben, unvergeßlichen Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante.

Johanna Schmid,
Fabrikarbeiters-Witwe,

für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrer, sowie den lieben Schwestern für ihre treue Pflege und allen denen welche sie zur letzten Ruhe begleiteten und sie mit Kranzpenden und Gaben so reichlich beschenkten, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geflügel- u. Kaninchen-
Züchterverein Wildbad

Am Sonntag, den 12. März, nachm. 2 Uhr findet im Gasth. zur „Sonne“ in Höfen die diesjährige

Gau-Generalversammlung

statt. Mit Rücksicht auf die für unseren Verein so wichtige Tagesordnung werden die verehrl. Mitglieder dringend gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Zusammenkunft in der Schalterhalle im Bahnhof. Abfahrt 1.32 Uhr nachmitt. Der Vorstand.

Radfahrer-
Verein
Schwarzwald,
Wildbad.



Morgen Samstag
abend 8 Uhr
in der Turnhalle
Sämtliche Fahrer
Reigenfahren
Der Fahrwart.

Fußball-
Verein
Wildbad.
Morgen Samstag
abend 8 Uhr
im Cafe Schmid

Ausschuß-Sitzung,
ebenfalls um 8 Uhr
Monatsversammlung
und anschließend
Spieleritzung.
Anmeldung
zur A.-S.-Mannschaft
und Jugend-Mannschaft.
Zahlreiche Beteiligung erbeten.
Der Vorstand.

Warzen beseitigt schnell
und schmerzlos
Dr. Bulleb's Warzenzerlöser.



Liederkranz Wildbad

Der Liederkranz Wildbad veranstaltet am Sonntag, den 12. März 1922, von abends 8 Uhr ab im Saal zur „Alten Linde“ einen

Familien-Abend

verbunden mit gesanglichen und musikalischen Vorträgen, unter Leitung des Chorleiters Herr A. Günth, Pforzheim.

Hierzu ladet der Liederkranz seine verehrl. Ehrenaktiven und passiven Mitglieder mit ihren Familienangehörigen freundlichst ein.

Der Vorstand.
— Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. —

Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark
Reserven rund 400 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Das Zahnpulver „Nr. 23“

geschießlich geschäft

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt Dr. B. Bahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. Stadtapotheke S. Stephan.

Alle im Jahre
1882 Geborenen

werden auf Sonntag nachm.
4 Uhr ins Hotel Stern zu
einer Besprechung zwecks Ab-

haltung einer
40er-Feier

freundlich eingeladen.

15 Mehrere 40er.

Lack u. Oelfarben,
in allen Nuancen streich-

fertig,
bei Gebr. Schmit Med.-Drogerie

Hunde werden blitzblank mit
Dr. Bulleb's medizln.
Hundeseife. Bester Schutz vor
Räude. Zu haben bei Gebrüder
Schmit, Medizinal-Drogerie.

Steinholz-
Böden

Wandplatten-
belag

fertig
Gustav Schmid.

